

„BATTERIEBRÄNDE SIND EIN MASSIVES PROBLEM“

Gabriele Jüly, Präsidentin des Verbands Österreichischer Entsorgungsbetriebe, ist alarmiert und fordert im „Nachhaltigen Interview“ ein Rückkaufsystem für Altbatterien.



In der Branche scheint derzeit das alles überschattende Thema zu sein: Lithium-Ionen-Batterien und die von ihnen ausgehende Brandgefahr. Es wundert den Laien ein wenig, denn diese Batterie-Technologie ist schon seit vielen Jahren etabliert. Warum brennt's plötzlich?

Lithiumbatterien sind in den letzten Jahren in vielen Haushaltsgeräten und Technologieprodukten zum Standard geworden. Sie haben eine Lebensdauer von sechs bis acht Jahren. Das heißt, diese Batterien, die vor sechs, acht Jahren verkauft wurden, erreichen nun ihr Lebensende und landen jetzt im Müll. Deshalb diese massive Problematik. Hinzukommt, dass die Batteriemenge, die jetzt verkauft wird, um fünfmal größer als damals ist.

Und es sind ja wie gesagt nicht nur die Einzelbatterien, die das Problem sind.

Ganz genau. Batterien sind in unglaublich vielen Produkten fix verbaut. Einweg-E-Zigaretten, leuchtendes Kinderspielzeug, blinkende Schuhe, singende Grußkarten. Und auch in Lampen, Saug- und Mähdrehern. Der Markt ist mit Lithiumbatterien überschwemmt worden.

Ist auch die Qualität dieser Produkte fragwürdig?

Definitiv. Produkte aus dem asiatischen Markt, die nicht den europäischen Qualitätskriterien entsprechen, nicht unsere CE-Konformität haben, haben oft ganz billige Lithiumbatterien verbaut, die sich umso schneller entzünden und brennen.

Tatsächlich hat es zuletzt Brände bei Entsorgungsbetrieben gegeben. Insbesondere der tagelange Brand in einer Recyclinganlage in Osttirol im Juli war massiv – verursacht durch eine wohl im gelben Sack unsachgemäß entsorgte Batterie. Von der Branchenvertretung der WKÖ-Niederösterreich war zuletzt die Forderung nach einem Pfand auf Batterien zu hören. Ist das die Ultima Ratio und auch Ihre Meinung?

Ja, wobei Pfand der falsche Ausdruck ist. Unsere Idee ist ein Rückkaufsystem, ein

Cashback für Batterien. Ganz simpel erklärt: Man bezahlt für jede Batterie einen Aufschlag. Das Geld wird in einem Fonds verwaltet, und wenn ich eine Batterie oder ein Produkt mit Batterie zurückbringe, bekomme ich sofort Geld. Also auch schon für jene Produkte, die jetzt daheim herumliegen. Ganz einfach, ganz simpel.

Ohne Pfandbons oder dergleichen, die ich aufheben muss.

Einen Aufschlag in welcher Höhe?

Das wird noch Gegenstand von Verhandlungen und abhängig von der Größe und Art der Batterie sein. Aber 5 bis 10 Euro wäre durchaus vorstellbar.

DIE BRANDGEFAHR LAUERT IN JEDEM HAUSHALT

Bis es so weit ist:
Was können Konsument:innen tun, um die Gefahren, die von Lithium-Akkus ausgehen, zu minimieren?

Wichtig ist zu bedenken: Die Brandgefahr lauert in jedem Haushalt! Das Bewusstsein, dass eine Lithiumbatterie gefährlich sein kann, ist leider noch nicht angekommen. Ich sage immer, die Österreicher fürchten sich mehr, dass sie in



Foto: VKI / Alexandra Konstantinoudi

Lignano vom weißen Hai gefressen werden, als dass ihnen zu Hause die Lithiumbatterie abbrennt. Also: Batterien bitte immer sachgerecht entsorgen, z. B. im Handel in die Sammelboxen werfen oder zum Altstoffsammelzentrum bringen. Und auf gar keinen Fall im Restmüll entsorgen! Das gefährdet Menschenleben, vernichtet ganze Betriebe und viele Arbeitsplätze. Natürlich kann man schon vorab die eine oder andere Konsumententscheidung

DER MARKT IST MIT LITHIUMBATTERIEN ÜBERSCHWEMMT WORDEN

kritisch hinterfragen und überlegen: Brauche ich dieses oder jenes Produkt wirklich?

Abseits des Themas Brandgefahr: Bei Fehlwürfen von Batterien, aber natürlich auch ganz allgemein von Elektronikprodukten gehen wertvolle Ressourcen verloren ...

Ganz genau, wir brauchen die Rohstoffe! Deshalb fordern wir auch ein Cashback-System, das die Rücklaufquote massiv erhöhen würde. Wir brauchen ein System, mit dem wir 90 Prozent der Altbatterien zurückbekommen, derzeit liegen wir bei nur 53 Prozent.

Es wirkt ein wenig so, als ob die Konsument:innen alleine die Verantwortung hätten, solche Brände in Verwertungsbetrieben zu verhindern. Gibt's nicht auch auf Ebene der Entsorgungsbetriebe noch Optimierungspotenzial?

Wir haben Mitgliedsbetriebe, in denen es bis zu sechsmal am Tag brennt! Natürlich optimieren wir laufend. Wir investieren in Brandschutzanlagen, in automatische Wärmebildkameras etc. Aber die Kosten, die der Brandschutz erfordert, können die Entsorgungsbetriebe nicht mehr alleine stemmen, und in letzter Konsequenz zahlt das dann der Konsument. Das Tragische dabei ist: Leider können auch diese Investitionen nicht alle Brände verhindern. Dass solche Dinge wie die hier (greift zu einer Einweg-E-Zigarette) überhaupt auf den Markt gebracht werden

dürfen in Europa, in Österreich, ist eigentlich ein Witz. Das ist eine Schande für einen Rechtsstaat.

Der Gesetzgeber ist also gefragt?

Ja. Staatssekretärin Königsberger-Ludwig hat bereits ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten angekündigt – das begrüßen wir. Wo der Gesetzgeber definitiv viel stärker eingreifen könnte, ist bei der Regulierung von Billig-Onlinehändlern aus Asien. Das sind Trittbrettfahrer im System, viele zahlen nicht in die Verpackungslizenierung ein. Jeder, der in Österreich eine Verpackung in Umlauf bringt, muss dafür Lizenzgebühren entrichten. Na klar können die dann um Eckhäuser billiger produzieren. Und unter welchen Bedingungen die Produkte dort erzeugt werden und welche Qualitätsstandards die haben ... Ich glaube schon, dass sich da die Österreicher selbst bei der Nase nehmen müssen. Und sich vor Augen führen: Alles, was wir haben, kaufen, besitzen, wird irgendwann einmal Müll.

EU-Batterieverordnung

Die EU-Batterieverordnung sieht unterschiedliche Recyclingquoten je Batterieart vor. Bei Gerätebatterien liegen die Vorgaben z. B. bei 73 % bis 2030 (Österreich derzeit: 53 %). Im Sommer wurde indes vom EU-Rat ein Gesetz verabschiedet, das die Anwendung der Sorgfaltspflichten für Batterien um zwei Jahre auf 2027 verschiebt. Batteriehersteller bekommen also mehr Zeit für die Umsetzung der Vorgaben, die sich in erster Linie auf eine verantwortungsvolle Beschaffung, Verarbeitung und den Handel mit Rohstoffen wie Kobalt, Lithium und Nickel beziehen.



Zur Person

Gabriele Jüly (52) ist geschäftsführende Gesellschafterin des 1955 gegründeten Familienunternehmens Abfallservice Jüly aus Bruck an der Leitha in Niederösterreich. Seit 2020 steht sie als erste Frau der freiwilligen Interessenvertretung Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) als Präsidentin vor und vertritt in dieser Funktion rund 260 private Mitgliedsbetriebe im Land.

Foto: VOEB_Kleinrath

Finanziell unterstützt durch
die Europäische Union



MEHR
ZUM
THEMA



Was Frau Jüly zu den Themen Einwegpfand, Altkleider-Recycling und Müllexport zu sagen hat, lesen Sie online unter konsument.at/muell